

Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 20.11.2012 in der  
Schule Lessingstraße

Anwesend waren

- ca. 20 Bürgerinnen und Bürger aus der Östlichen Vorstadt sowie die Mitglieder des Fachausschusses Stadtteilentwicklung (Beirat ÖV)
- Herr Mielke (Bauherr)
- Frau Weiskopf vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Ref. Stadtplanung)
- Herr Bücking (Ortsamtsleiter) und Herr Arndt vom Ortsamt Mitte/ Östliche Vorstadt

### **Bunker Braunschweiger Straße**

Der Ortsamtsleiter begrüßte zunächst die Anwesenden und gab vorab eine kleine Einführung in das Thema. Nach dem das Büro Mielke und Freudenberg ihr Pläne das erste mal bei der Stadtplanung vorgestellt haben sei zwischen Mielke und Freudenberg, der Stadtplanung und dem Beirat Östliche Vorstadt vereinbart worden, dass es eine öffentliche Präsentation und Beratung vor einem Gestaltungsbeirat geben solle. Auf einer großen Versammlung mit etlichen Bürgerinnen und Bürgern aus der Braunschweiger und Celler Straße sei dann diese Beratung durchgeführt worden. Sowohl die Bürgerinnen und Bürger, als auch der Gestaltungsbeirat hätten wichtige Hinweise zur weiteren Bearbeitung des Entwurfs gegeben. Einige Wochen später sei dann eine Anwohnergemeinschaft zum Thema Abriss des Bunkers durchgeführt worden. Hier sei neben den Bauherren auch der Abbruchunternehmer und der Sachverständige für die Beweissicherung anwesend gewesen. Heute soll es nun darum gehen den überarbeiteten Entwurf des Büros vor dem Beirat und der Nachbarschaft zu präsentieren und einen Beschluss des Fachausschusses zu fassen.

Danach erläuterte Frau Weiskopf vom Ref. Stadtplanung beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Planungsrechtliche Stellungnahme zu den Plänen anhand einer Power-Point-Präsentation.

Eine Bürgerin verlangte in der anschließenden Diskussion eine erneute Aussprache zu dem Abbruch des Bunkers. Diese Maßnahme gefährde die Standsicherheit der Nachbarhäuser und sei daher eine Zumutung für die Anwohner. Auf den Hinweis von Herrn Bücking, dass die Fragen rund um den Abbruch bereits am 13.11.2012 Thema einer öffentlichen Sitzung gewesen seien, gab die Bürgerin an, dass sie über das Verfahren nicht informiert worden sei.

Ein Bürger aus der Celler Straße, selbst Landschaftsplaner, erklärte, dass der Komplettabbruch des Bunkers nicht notwendig sei. Er stellte dazu kurz seine eigenen Pläne vor. Er wolle für einen Umbau des Bunkers werben denn die Gefährdung der Nachbarhäuser sei dann geringer. Außerdem plädiert er dafür ein Stockwerk weniger zu bauen.

Herr Mielke erwiderte darauf, dass ein Umbau des Bunkers für ihn nicht in Frage komme. Unter anderem seien die Geschosse zu niedrig und die Abstände zu den Nachbarhäusern zu gering.

Ein Bürger aus der Brookstraße berichtete, dass es bedingt durch den Abriss des Bunkers in der Lübecker Straße an den Häusern in der Nachbarschaft einige Schäden entstanden seien. Dem Beweissicherungsverfahren begegnete er mit Skepsis.

Steffen Eilers (Bündnis 90 / Die Grünen) lobte die Arbeit des Gestaltungsbeirats. Das Ergebnis sei überzeugend. Über gelungene Architektur könne nicht die Politik entscheiden. Hierfür sei der Gestaltungsbeirat ein geeignetes Instrument.

Der Ortsamtsleiter erläuterte noch einmal die Rechtslage. Man könne nicht im Gesetz nachsehen bis wohin etwa der Kreis der Häuser reiche, die Anspruch auf Beweissicherung hätten. Die Frage, wie groß die Erschütterungen beim Abbruch werden dürfen, sei ein Erfahrungswert. Geologie und die Bausubstanz der Nachbarhäuser könnten nur annähernd berücksichtigt werden. Denkbar sei durch einen Versuch die Ausbreitung der Erschütterungen in der Umgebung des Bunkers zu ermitteln und so den Umfang der Beweissicherung abzugrenzen. Auch könne man mit einem Seismographen während der Bauarbeiten sicherstellen, dass bestimmte Erschütterungswerte nicht überschritten würden. Innerhalb der Schranken der gesetzlichen Bestimmungen habe jeder Bauherr ein Recht auf Errichtung oder Änderung eines Bauwerks (vgl. Anmerkung).

Herbert Lessing (Die Linke) sah sich außerstande dem Vorhaben zuzustimmen, solange die berechtigten Sorgen bezüglich des Abrisses nicht ausgeräumt seien.

Der Fachausschuss stimmt der planungsrechtlichen Beurteilung der Stadtplanung mehrheitlich bei einer Gegenstimme zu. Die Baubehörde wird gleichzeitig aufgefordert, die Fragen eines möglichst die Nachbarschaft schonenden Abrisses des Bunkers zu klären und entsprechende Auflagen festzusetzen und mit der Nachbarschaft zu kommunizieren.

Anmerkung:

*Die Abbruchgenehmigung und etwaige Auflagen werden am 13.12.2012 in einer gemeinsamen Sitzung von Gewerbeaufsicht, Stadtplanung/ Bauordnung, Statik und Ortsamt erarbeitet. Die Ergebnisse werden der Nachbarschaft zur Kenntnis gebracht.*